

Wahlkampf im Zeichen des Klimawandels: Parteien im Rückwärtsgang!

Wahlkampf 2025 in Neubrandenburg: Parteien ignorieren Klimakrise, während neue Konzepte für Klimaschutz präsentiert werden.

Neubrandenburg, Deutschland - Der Wahlkampf für die kommenden Wahlen hat begonnen, nachdem die Wahlprogramme von CDU, SPD und Grünen präsentiert wurden. Dabei ist zu beobachten, dass die Klimakrise in diesen Programmen nicht ausreichend thematisiert wird. Laut dem **Nordkurier** wird 2024 als das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen prognostiziert, was die Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen unterstreicht. Dennoch vermitteln die Wahlprogramme der Parteien den Eindruck, dass die Klimakrise kein ernsthaftes Problem darstellt.

Die Union zeigt eine Verweigerungshaltung in der Klimapolitik und plant Rückabwicklungen zentraler klimapolitischer Errungenschaften. Während die SPD ein neues Konzept für Klimaschutz vorstellt, werden große Themen wie Industrie und Automobile vermieden. Die Grünen kämpfen an der Front mit den Folgen des Heizungsgesetzes und scheuen klare Positionen zum Gasausstieg. Allen Parteien ist gemeinsam, dass sie den aktuellen Zustand der Welt ignorieren und die Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen nicht zur Sprache bringen.

Positionen der Parteien im Überblick

Klimaschutz hat für nahezu alle deutschen Parteien im

Europäischen Parlament Priorität, außer der AfD, die den menschengemachten Klimawandel leugnet, wie die **Tagesschau** berichtet. Die Parteien vertreten unterschiedliche Ansätze zur Erreichung von Klimaneutralität:

- **CDU/CSU:** Ziel ist Klimaneutralität bis 2050, Schwerpunkt auf Technologieoffenheit und nachhaltiges Wirtschaften.
- **Bündnis 90/Die Grünen:** Sie betrachten die Klimakrise als zentrale Herausforderung und fordern massive Investitionen in erneuerbare Energien.
- **SPD:** Sie setzen auf massive Investitionen in klimaneutrale Technologien und Infrastruktur, um Klimaneutralität als Jobmotor zu fördern.
- **AfD:** Leugnet den menschengemachten Klimawandel und spricht sich gegen alle Klimaschutzgesetze aus.
- **Die Linke:** Kritisiert die EU-Politik und fordert mehr Mut für sozial gerechte und ökologische Maßnahmen.
- **FDP:** Setzt auf Politik durch Technologieoffenheit und Marktwirtschaft, lehnt kleinteilige Regulierungen ab.
- **Freie Wähler:** Legt Wert auf Energiesicherheit und den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen.
- **ÖDP:** Strebt Klimaneutralität bis 2030 an und fordert eine ökologische Mobilitätswende.
- **Piraten:** Unterstützt das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens und fordert eine transparente Energieinfrastruktur.
- **Volt:** Priorität ist Klimaneutralität mit einem neuen Klimatransformationsgesetz.
- **Tierschutzpartei:** Fokussiert auf Agrarwende und den Ausbau erneuerbarer Energien.
- **Bündnis Sahra Wagenknecht:** Kritisiert den Green Deal und fordert mehr öffentlichen Nahverkehr.

Die Parteien stehen vor der Herausforderung, dringend notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu ergreifen, während die öffentliche Diskussion über den Klimaschutz an Fahrt gewinnt.

– Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Wahlen, Klimawandel
Ort	Neubrandenburg, Deutschland
Quellen	• www.nordkurier.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at